

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 18.08.2020

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Erwin Jung

Herr Wilhelm Kleinesdar

Herr Alexander Rüsing

Stellv. Vorsitzender

Frau Carla Steinkröger

SPD

Herr Ole Heimbeck

Frau Regina Klemme-

Linnenbrügger

Herr Marcus Lufen

Frau Anne Catrin Rudolf

Frau Karin Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich

Herr Michael Gorny

Herr Jens Julkowski-Keppler

Vorsitzender

Bielefelder Mitte

Herr Markus Schönberner

BfB

Herr Joachim Krollpfeiffer

FDP

Herr Gregor Spalek

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Donath

Herr Jürgen Heuer

Herr Cemil Yildirim

Bürgernähe/Piraten

Herr Christian Heißenberg

Verwaltung:

Herr Volker Walkenhorst
Herr Martin Wörmann
Frau Tanja Möller
Frau Sabine Randermann
Frau Ina Trüggelmann
Frau Birgit Reher
Herr Achim Thenhausen
Herr Luis Ritzenhoff
Herr Egbert Worms
Herr Hans-Jürgen Rubel
Herr Viktor Hoss
Frau Michaela Wangler
Frau Christine Thenhaus
Frau Marcella Matzke

Stab Dezernat 3
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt
Umweltbetrieb
Umweltbetrieb
Umweltbetrieb
Bauamt
Bauamt

Gäste:

Herr Dr. Michael Schem
Herr Stephan Zöllner

Vorsitzender Klimabeirat
Verein Naturfreunde Bielefeld

Schriftführung:

Frau Nicole Kurze

Umweltamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Julkowski-Keppler, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Herr Julkowski-Keppler weist auf die Einhaltung der aufgrund der Corona-Pandemie notwendigen Hygienevorgaben hin.

Er verabschiedet den Leiter des Umweltamtes Herrn Martin Wörmann nach 21 Jahren in dieser Funktion in den Ruhestand und dankt ihm für die langjährige, gute Zusammenarbeit.

Herr Wörmann richtet ebenfalls das Wort an die Ausschussmitglieder und bedankt sich für die gemeinsame Arbeit, die stets fair und respektvoll gewesen sei.

Er stellt mit wenigen Worten seine Nachfolgerin Frau Tanja Möller vor, die zum 01.09.2020 übernimmt und in dieser Sitzung bereits anwesend ist.

Zu Punkt 1

Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 51. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 06.02.2020

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 06.02.2020 (Nr. 51) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 54. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.05.2020

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.05.2020 (Nr. 54) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 1.3 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 55. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 16.06.2020

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 16.06.2020 (Nr. 55) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Klimafreundliche Bebauungspläne

Herr Wörmann berichtet wie folgt:

Der Protokollauszug aus dem Bürgerausschuss hat die Geschäftsführung des AfUK erst jetzt erreicht; der AfUK soll hiermit noch informiert werden (die Eingabe wird dem Protokoll beigelegt).

Die Eingabe betraf die Dachflächenausrichtung sowie Garagen-Dachflächen für Photovoltaikanlagen, finanzielle Anreizsysteme und die Verwendung von Blockheizkraftwerken. Die Verwaltung hat dargelegt, dass die Klimaschutzbelange bereits bei der Aufstellung neuer Bebauungspläne berücksichtigt würden. Auf rechtliche Grenzen wurde hingewiesen. Der Bürgerausschuss verwies die Eingabe an die Fachausschüsse. Für den AfUK ergeben sich keine neuen Handlungsoptionen. Die der Eingabe zuzuordnenden Themen Klimaanpassungskonzept, Klimabudget und Energieleitlinien sind in Arbeit. Über neue Sachstände wird dem AfUK aufgefordert berichtet.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 2.2

Dachbegrünung - Zwischenstand

Herr Wörmann berichtet wie folgt:

Im Klimaanpassungskonzept ist die Erarbeitung eines Standardkatalogs für die Festsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen in Bebauungsplänen vorgesehen. Dabei sind auch Dachbegrünungen zu berücksichtigen. Zusätzlich ist nach dem Klimaanpassungskonzept ein Förderprogramm für Gebäudebegrünungen zu erarbeiten.

Dementsprechend wird im Sept. 2020 die Erstellung eines Konzeptes zur Gebäudebegrünung mit

- der Entwicklung eines Förderprogramms,
- der Aufbereitung der fachtechnischen Anforderungen,
- einer Darstellung der Wirksamkeit bzw. des Nutzens und
- einer Priorisierung möglicher Einsatzbereiche von Gebäudebegrünungen

vergeben.

Dieses Konzept soll auch Grundlage für die Erarbeitung von Standards für die Bauleitplanung sein.

Abgesehen von Städtebaufördermitteln für ausgewählte Bereiche, stehen derzeit keine Fördermittel zur Verfügung. Die Fremdfinanzierungsmöglichkeiten werden jedoch weiter beobachtet. Ein möglicher Anreiz besteht in der Reduzierung der Niederschlagswassergebühr für mit Mindeststärke begrünte Dächer über die bisher gewährten 30 % hinaus.

Im 1. Quartal 2021 wird über das Konzept und die Umsetzungsschritte berichtet.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 2.3

Klärschlammablagungsfläche Baumheide

Herr Wörmann berichtet wie folgt:

Der Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV) hat heute telefonisch bestätigt, dass das Projekt die technische Prüfung bestanden hat und im November 2020 der Verbandsversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Mit 80 % der Kosten wird der Aushub und die Entsorgung der kontaminierten organischen Stoffe und Böden gefördert und so die Voraussetzung für eine Neugestaltung und öffentliche Nutzung der Flächen im Rahmen der Umsetzung des Freiraumentwicklungskonzepts Baumheide ermöglicht.

Im kommenden Winter werden vorbereitend die stark geschädig-

ten Gehölze entfernt.

Die Sanierungsarbeiten sind für 2021/2022 vorgesehen. Die Bezirksvertretung Heepen und der AfUK werden fortlaufend beteiligt.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Dezernentin Frau Ritschel

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet wie folgt:

Anja Ritschel, Umweltdezernentin und Erste Beigeordnete der Stadt Bielefeld, hat um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit gebeten.

Die Entscheidung trifft der Rat in seiner Sitzung am 3. September und das Dienstverhältnis würde dann zum 31. Oktober 2020 enden.

Seit dem 1. September 2019 ist Anja Ritschel beurlaubt, um ihren schwer erkrankten Ehemann zu pflegen. Eine weitere Beurlaubung hält sie angesichts der großen Verantwortung als Umweltdezernentin und Erste Beigeordnete nicht für vertretbar.

Anja Ritschel ist seit dem 1. April 2008 Beigeordnete der Stadt Bielefeld. Für eine zweite Amtszeit wurde sie ab 1. April 2016 für weitere acht Jahre gewählt. Seit 1. Mai 2016 ist sie allgemeine Vertreterin des Oberbürgermeisters.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 5

Entwicklung eines Hitzeaktionsplanes (HAP) für Bielefeld (Beschluss des Seniorenrates vom 27.05.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10890/2014-2020/1

Herr Julkowski-Keppler berichtet, dass er Rücksprache mit Herrn Dr. Aubke, dem Vorsitzenden des Seniorenrates zum Thema Hitzeaktionsplan gehalten habe. Insbesondere habe er klären können, dass es sich um ein eigenständiges Thema handle und nicht im Klimaanpassungskonzept behandelt wurde.

Der Hitzeaktionsplan sehe konkrete Maßnahmen vor, wie zum Beispiel die Schulung von Altenpflegern in Bezug auf Maßnahmen, die dem Schutz von Seniorinnen und Senioren vor Hitzeschäden in Alten- und Pflegeheimen dienen.

Herr Donath erläutert ergänzend, dass die Entwicklung eines Hitzeaktionsplans ursprünglich eine Anregung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) war. Die Bundesregierung habe die Anregung aufgegriffen, dennoch bleibe es den Ländern und Kommunen selbst überlassen, einen solchen Plan zu entwickeln. Grundsätzlich gehe es darum, die Verringerung der Beschwerden bei Hitze im Alter in den Blick zu nehmen. Untersuchungen hätten gezeigt, dass hitzebedingte Gesundheitsschäden vermeidbar seien, wenn die soziale bzw. öffentliche Infrastruktur darauf vorbereitet sei, z. B. durch die genannten Schulungen für das Pflegepersonal.

Es werde als sinnvoll erachtet, den Schul- und Gesundheitsausschuss ebenfalls mit der Beschlussfassung für die Entwicklung eines Hitzeaktionsplans zu betrauen, da die soziale Infrastruktur ein wichtiger Baustein für den Erfolg sei.

Herr Julkowski-Keppler stellt den Beschluss mit der von Herrn Donath angeführten Ergänzung zum Schul- und Gesundheitsausschuss zur Abstimmung.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Auf Empfehlung des Seniorenrates vom 27.05.2020 beschließt der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz wie folgt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Hitzeaktionsplan für Bielefeld zu entwickeln.**
- 2. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss soll einen Beschluss zu einem Hitzeaktionsplan für Bielefeld fassen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Bericht aus dem Klimabeirat (Sitzung von 24.06.2020)

Herr Julkowski-Keppler begrüßt Herrn Dr. Schem den Vorsitzenden des Klimabeirates und beglückwünscht ihn zu seiner Wahl.

Herr Dr. Schem stellt sich zunächst vor und erläutert, dass er sowohl für Transition Town arbeite, als auch beim Bielefelder Radentscheid engagiert sei. Der Klimabeirat setzte sich aus je fünf Akteuren der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und von Industrie und Handwerk zusammen. Das Gremium habe u. a. die Aufgabe, Verwendungsmöglichkeiten für das zur Verfügung gestellte Klimabudget zu erarbeiten und zu empfehlen.

Es seien kurzfristig umsetzbare Aktionen diskutiert und vorgeschlagen worden. In einem Abstimmungsverfahren wurden dann verschiedene Vorschläge durch ein doppeltes Priorisierungsverfahren ausgewählt. Folgende fünf Maßnahmen würden daher in der Beschlussvorlage unter dem folgenden Tagesordnungspunkt 7 zur Verwendung des Klimabudgets empfohlen:

1. Förderung von „Balkon PV-Anlagen“ mit der „Förderrichtlinie zur finanziellen Unterstützung bei der Installation von Steckersolaranlagen im Stadtgebiet Bielefeld“ (Anlage 1)
2. Förderung von „Auf Dach PV-Anlagen“ mit der „Förderrichtlinie zur finanziellen Unterstützung bei der Installation von Photovoltaikanlagen auf und an Wohngebäuden im Stadtgebiet Bielefeld“ (Anlage 2)
3. Bildungsangebote für Kitas und Schulen
4. Einrichtung öffentlicher Trinkwasserzapfstellen im öffentlichen Raum und in Schulen
5. Bereitstellung von Lastenrädern für das Sharing Projekt BISELA

Herr Feurich wünscht dem Klimabeirat und den Vorsitzenden alles Gute für die Zukunft.

Herr Rüsing schließt sich den Glückwünschen an und gibt den Hinweis auf den Trinkwasserspender auf dem Kesselbrink. Er halte es für sinnvoll von den Erfahrungen der Stadtwerke bei der Einrichtung des Spenders zu profitieren.

Herr Krollpfeiffer wendet bzgl. der Bildungsangebote ein, dass die Schüler schon sehr viel Unterrichtsstoff zu bewältigen hätten, er halte es daher nicht für zielführend zusätzlich solche Bildungsangebote draufzupacken. Frau Reher erläutert, dass die Bildungsangebote nicht zusätzlich zum Unterricht vorgesehen seien. Vielmehr soll den Lehrkräften die Finanzierungsmöglichkeit eröffnet werden, außerschulische Bildungsangebote und Vortragende in den Unterricht zu holen, als Ergänzung zum regulären Unterricht.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 7

Empfehlungen des Bielefelder Klimabeirats zur Verwendung des Budgets für kurzfristig wirksame Klimaschutzmaßnahmen zur CO2 Reduzierung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11368/2014-2020

Herr Julkowski- Keppler hält fest, dass zu der Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 6 schon diskutiert wurde.

Herr Feurich stellt einen Ergänzungsantrag und schlägt vor, folgende Formulierung in den Beschlusstext aufzunehmen:

„Mittel aus dem 200.000 Euro Klimaschutzbudget, die im betreffenden Haushaltsjahr nicht verausgabt werden, werden in voller Höhe in das Folgejahr übertragen.“

Herr Julkowski-Keppler stellt den Beschluss mit der Ergänzung zur Abstimmung.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt die vom Klimabeirat für 2020 empfohlenen Maßnahmen im Rahmen des zur Verfügung gestellten Klimabudgets von 200.000 € umzusetzen:

- 1. Förderung von „Balkon PV-Anlagen“ mit der „Förderrichtlinie zur finanziellen Unterstützung bei der Installation von Steckersolaranlagen im Stadtgebiet Bielefeld“ (Anlage 1)**
- 2. Förderung von „Auf Dach PV-Anlagen“ mit der „Förderrichtlinie zur finanziellen Unterstützung bei der Installation von Photovoltaikanlagen auf und in Wohngebäuden im Stadtgebiet Bielefeld“ (Anlage 2)**
- 3. Bildungsangebote für Kitas und Schulen**
- 4. Einrichtung öffentlicher Trinkwasserzapfstellen im öffentlichen Raum und in Schulen**
- 5. Bereitstellung von Lastenrädern für das Sharing Projekt BI-SELA**

Mittel aus dem 200.000 Euro Klimaschutzbudget, die im betreffenden Haushaltsjahr nicht verausgabt werden, werden in voller Höhe in das Folgejahr übertragen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Information zum Forschungs-Projekt KlimaNetze 2.0

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11330/2014-2020

Herr Wörmann erläutert, dass zu dem Projekt KlimaNetze 2.0 in regelmäßigen Abständen Zwischenberichte gegeben würden. Es solle weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit den Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Bielefeld geben und auch weitere Videokonferenzen zu dem Projekt seien geplant. Am Ende gehe es um die politische Entscheidung, ob die Vorschläge der Forscher für eine Plattform für Entwicklung und Innovation in Bielefeld umgesetzt würden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 9

Änderungssatzungen

Zu Punkt 9.1

19. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19.12.1997

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10676/2014-2020

Herr Rüsing beantragt die 1. Lesung für die Tagesordnungspunkte 9.1, 9.2 und 9.3. Dieser Ausschuss würde vor dem Betriebsausschuss des Umweltbetriebes tagen, die Beschlussfassung des Betriebsausschusses solle zunächst abgewartet werden.

Unabhängig davon sehe er es kritisch eine Gebührenerhöhung zu vollziehen, so lange der Betrieb Rücklagen habe, die er zuerst einsetzen solle, um eine Erhöhung der Gebühren so lange wie möglich zu vermeiden.

Herr Julkowski-Keppler stellt fest, dass die Ausschussmitglieder mit der 1. Lesung einverstanden sind.

- 1. Lesung -

Zu Punkt 9.2

44. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücks-entwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung).

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10933/2014-2020

- zusammen mit TOP 9.1 beraten -

Zu Punkt 9.3

40. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung vom 23. November 1978

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10935/2014-2020

- zusammen mit TOP 9.1 beraten -

-.-.-

Zu Punkt 10

Sanierung und Aufwertung der Promenade

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11310/2014-2020

Frau Wangler vom Umweltbetrieb zeigt anhand einer Präsentation, die in Session einsehbar ist, die geplanten Sanierungsmaßnahmen.

U. a. solle der vorhandene Spielplatz erhalten bleiben, am Fitnessgerät solle die Wiese durch eine Natursteinblockfassade abgefangen und aufgewertet werden. Die Bänke und Abfallbehälter würden durch Modelle ersetzt, die sich an anderen Standorten in den Grünanlagen der Stadt bereits bewährt hätten.

Zusätzlich sollen schwenkbare Einzelliegen und Doppelliegen aufgestellt werden. Deren Standorte seien so gewählt, dass man von dort einen Panoramablick auf die Stadt habe. Zusätzlich solle noch eine Infosteile aufgebaut werden, auf der die Namen der Spender der neuangeplanten Bäume auf der Promenade aufgeführt würden.

Zum Schluss gibt Frau Wangler noch einen Ausblick auf die kommenden Jahre. Ab ca. 2025 soll eine Wegesanierung beginnen, die vorhandenen Leuchten ersetzt und weitere Leuchten aufgestellt werden.

Vor Beginn der Wegearbeiten müsste die Leitungssanierung durch die Stadtwerke abgewartet werden.

Herr Jung fragt nach, ob die Anschaffung von Abfallbehältern mit integrierter Presse geplant sei. Frau Wangler verneint dies. Außerdem erkundigt er sich, ob die Leerung der Behälter sichergestellt sei. Dies bestätigt Frau Wangler.

Herr Heimbeck fragt nach der Höhe der Folgekosten für die Grünunterhaltung und, ob die angegebenen jährlichen Miet- und Pachtzahlungen erst nach Sanierung und Aufwertung der Promenade anfielen oder schon vorher. Außerdem fragt er nach, ob es einen Anstieg der Kosten gebe oder wie die Relation sei.

Frau Wangler erklärt, dass Folgekosten immer entstünden und dass die Zahlungen nach Sanierung und Aufwertung etwas höher ausfielen. Herr Thenhausen vom Umweltamt ergänzt, dass Miet- und Pachtzahlungen an den Immobilienservicebetrieb abzuführen seien und dass für neue Maßnahmen pro Jahr etwa 11 Prozent der Investitionskosten als Pacht zu zahlen seien.

Herr Feurich erkundigt sich, ob eine insektenfreundliche Beleuchtung angedacht sei, dazu gäbe es eine aktuelle Studie von der UNESCO. Dann verweist er auf den gestreckten Zeitplan und fragt, ob sich eine Beschleunigung bei den Stadtwerken erreichen ließe.

Frau Wangler erläutert, dass im jetzigen frühen Planungsstadium noch keine konkreten Entscheidungen zu den Leuchten getroffen worden seien, notwendigen Entscheidungen zugunsten des Fledermaus- und Insektenschutzes habe man jedoch im Blick. Eine Straffung des Zeitplans sei eher unwahrscheinlich.

Herr Feurich geht des Weiteren auf den Parkplatz direkt an der Sparrenburg ein. Er fragt nach, ob es sinnvoll sei, dort nur Parkplätze für Menschen mit Behinderung vorzuhalten. Die Anzahl dieser Parkplätze müsse dann jedoch erhöht werden. Die Besucherströme und der Park-Suchverkehr könnten so besser gelenkt werden.

Frau Wangler erklärt, dass dieses Vorhaben, soweit sie wisse, schon Teil der Planung sei.

Herr Krollpfeiffer stellt fest, dass eine Investition von 122 Tausend Euro in Zeiten der aktuellen Corona-Pandemie eine unnötige Ausgabe darstelle und zunächst die weitere Entwicklung der Wirtschaftslage abgewartet werden müsse.

Herr Heißenberg erklärt, dass er weitere Teile im Umfeld der Promenade in die Planungen miteingebunden wissen möchte, z. B. das gespendete Hinweisschild auf den sog. Römerturm bei Brand's Busch.
Herr Julkowski-Keppler bittet Frau Wangler, die Anregung aufzunehmen.

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, der Betriebsausschuss ISB und der Betriebsausschuss UWB nehmen die Planung des 3. Bauabschnitts zur Aufwertung der Promenade zur Kenntnis und empfehlen der Bezirksvertretung, diese wie vorgelegt zu beschließen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis.-

-.-.-

Zu Punkt 11

Gewerbeflächenbedarfsprognose 2035/ Gewerbeflächenkonzept
hier: Potenzial- und Suchräume für eine gewerbliche Entwicklung (Baustein 15)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11254/2014-2020

Herr Julkowski-Keppler erklärt, dass zunächst die Beschlussfassung der Bezirksvertretungen zu den Tagesordnungspunkten 11, 12 und 13 abgewartet werden solle. Erst danach könne der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu einem Beschluss kommen.

Daher spreche er sich für eine 1. Lesung der Punkte aus. Sofern möglich sollten jetzt alle offenen Fragen geklärt werden, damit bei einer Sondersitzung nur noch der Beschluss gefasst werden müsse.

Herr Julkowski-Keppler stellt fest, dass die Ausschussmitglieder einverstanden sind.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 12

Perspektivplan Wohnen Bielefeld 2020/2035
hier Bausteine: Angebotsanalyse der Siedlungsreserven im FNP und Regionalplan
Potenzial - und Suchräume Wohnen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11256/2014-2020

- zusammen mit TOP 11 beraten -

-.-.-

Zu Punkt 13

Perspektivplan Wohnen Bielefeld 2020/2035
hier Baustein: Bielefelder Baulandprogramm Wohnen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11325/2014-2020

- zusammen mit TOP 11 beraten -

-.-.-

Zu Punkt 14

Freiraumentwicklungskonzept Baumheide

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11320/2014-2020

Herr Thenhausen stellt anhand einer Präsentation das Freiraumentwicklungskonzept für Baumheide vor, die Präsentation ist in Session einsehbar.

Herr Thenhausen erläutert, dass Baumheide an wichtige Erholungsräume grenze und diese durch das Konzept besser erschlossen werden sollen. An einem Standort werde beispielsweise eine Gemeinschaftsfläche geschaffen, die den ursprünglichen Spielplatz ersetze. Eine Gemeinschaftsfläche könne, auch von Jugendlichen, vielfältiger genutzt werden als ein Spielplatz. Diese Veränderung resultiere aus der Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen des Stadtteils.

In Hinblick auf das Stadtklima seien an einigen Stellen Frischluftschneiden zu schützen. Insgesamt solle die Grünvernetzung verbessert werden. Die Kammerratsheide bilde ein Gebiet mit einer ruhigen Mitte, aber auch Spiel- und Sportmöglichkeiten. Wünsche von Jugendlichen aus den angrenzenden Wohngebieten seien bei den Planungen ebenfalls berücksichtigt worden.

Jedoch sollen auch Baumreihen entstehen und eine Sanierung der ehemaligen Klärschlammablagungsfläche trage ebenfalls zu einer Verbesserung des Erholungswertes des Gebietes bei.

Herr Julkowski-Keppler hält fest, dass zu der Vorlage zunächst die Beschlüsse der betroffenen Bezirksvertretungen abgewartet werden sollen und dass die Ausschussmitglieder mit der 1. Lesung einverstanden sind.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 15

INSEK Baumheide – Westliche Grünspange „Grüne Kammerratsheide“ – Durchführung eines städtebaulichen-freiraumplanerischen Wettbewerbes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11378/2014-2020

Herr Rüsing beantragt die 1. Lesung für den Tagesordnungspunkt, da zunächst die Beschlussfassungen der Bezirksvertretung und des Stadtentwicklungsausschusses abgewartet werden solle.

Herr Julkowski-Keppler stellt fest, dass die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 16

Runder Tisch „Mountainbiken in Bielefeld“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11371/2014-2020

Herr Wörmann erläutert, dass die Vorlage in Kürze die Geschichte des Runden Tisches zum Mountainbiken in Bielefeld beschreibe. Mit den beteiligten Akteuren habe durchgehend eine gute Zusammenarbeit stattgefunden.

Dass die Aufgabenstellung nicht leicht zu lösen sei, habe man dem Ausschuss bereits beschrieben. Seit 2004 stehe das Mountainbiken im Teuto auf der Agenda. Aktuell stehe man in der Situation, dass eine Strecke parallel zum Hermannsweg ausschließlich auf städtischem Grund eine Realisierungschance habe.

Wenn die Versicherungsfragen geklärt werden könnten, müsste eine Ausbauplanung erarbeitet werden. Ob der Hermannsweg 1-, 2-, oder 3-mal gekreuzt werden müsse, sei noch nicht klar.

Danach sei die forstrechtliche und die naturschutzrechtliche Genehmigung einzuholen und es sei ein Vertrag über Rechte und Pflichten mit dem Verein auszuarbeiten und ein Finanzierungskonzept. Auch die naturpädagogische Strategie sei mit dem Verein zu diskutieren. Die in Medien genannte Eröffnung in Nov. 20 sei undenkbar, vielleicht November 2021.

Herr Feurich teilt mit, dass seine Bedenken zu dem Themenkomplex bereits angesprochen worden seien. Er stelle einen Änderungsantrag zum Beschlusstext. Die genannten Akteure sollen weiter gefasst werden, damit sich auch andere von der Mountainbike-Strecke Betroffene äußern könnten. Zumindest der Teutoburger-Wald-Verein und die angrenzenden, privaten Waldbesitzer/-innen sollen mit aufgenommen werden.

Herr Wörmann wendet ein, dass man nach über 2 Jahren Runder Tisch nicht mit neuen Mitgliedern neue Grundsatzdiskussionen führen wolle. Wenn eine konkrete Streckenplanung erarbeitet sei, könne man gerne weitere Akteure dazu hören.

Herr Spalek lehnt den Änderungsantrag ab, da am Runden Tisch ausreichend Beteiligte mit ihren Bedenken gehört worden seien.

Herr Feurich konkretisiert seinen Antrag und bezieht dabei die Aussagen von Herrn Wörmann ein.

Herr Rüsing begrüßt den Änderungsantrag und spricht sich ebenfalls dafür aus nach der Feinplanung weitere Akteure miteinzubeziehen. Er ergänzt, dass danach die Entscheidung durch die Politik zu treffen sei. Er schlägt eine weitere Ergänzung vor, dahingehend, dass im Anschluss die betroffenen politischen Gremien informiert werden sollen.

Herr Heimbeck kann sich den Änderungen anschließen und gibt zu bedenken, dass die Anzahl der Mountainbiker mit E-Fahrzeugen gestiegen sei, dies müsse bei den Feinplanungen Berücksichtigung finden.

Herr Krollpfeiffer fragt nach, ob die Mountainbiker in Bielefeld großen Zulauf hätten und ob es belastbares Zahlenmaterial dazu gebe.

Herr Zöllner erwidert, dass die Zahlen, die er nennen könne, auf Schät-

zungen basierten, er gehe von einem Zuwachs von 2 bis 3 Tausend Sportlern im Jahr aus.

Herr Heißenberg erklärt, dass er die Gesamtsituation zwischen allen Nutzern des Waldes, als Erholungsraum oder zu sportlichen Zwecken, in der Vorlage nicht ausreichend gewürdigt finde.

Herr Rüsing erklärt, dass bei den Planungen auch ausreichend Parkraum für die zu erwartende große Anzahl von Sportlerinnen und Sportlern berücksichtigt werden müsse. Er bitte darum dies von vornherein zu berücksichtigen.

Herr Wörmann gesteht ein, dass auf Konflikte mit Erholungsuchenden in der Vorlage nicht eingegangen wurde. Die Problematik sei dem Runden Tisch aber bewusst. Die geplante Mountainbike-Strecke solle zu einer Entzerrung der Nutzergruppen führen.

Herr Julkowski-Keppler lässt über die Beschlussvorlage mit den genannten Ergänzungen abstimmen.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung, das Projekt einer legalen Mountainbike-Strecke in Bielefeld weiterzuführen, sofern die Stadt von Haftungsansprüchen freigestellt werden kann.

Bei Vorliegen des konkreten Projektentwurfs sind, abgesehen von den Mitgliedern des „Runden Tisches Mountainbike“, die Interessenvertretungen der Wandernden und des Sports, sowie die, an die potentielle Mountainbiketrail-Gebietskulisie, angrenzenden Privatwaldbesitzer und Privatwaldbesitzerinnen anzuhören. Danach ist die Planung den politischen Gremien vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17

Bericht zum Reitwegekonzept

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10479/2014-2020

Über die Informationsvorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 18

Freiraumplanerisches Rahmenkonzept Luttergrünzug – weitere Planungsschritte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11332/2014-2020

Herr Wörmann erläutert, dass die Vorlage einen Überblick über die weiteren Planungen gebe.

Herr Stiesch geht näher auf die geplante Verbesserung der Wegeführung unterhalb der Bahnbrücke (Abschnitt C Stauteich I – Am Venn) ein und erkundigt sich, warum eine Soleanhebung um 45 cm erforderlich ist und welche Auswirkungen dies z. B. auf die Fließgeschwindigkeit habe.

Antwort:

Die Darstellung in der Vorlage bezieht sich auf eine Vorstatik, die nicht mehr relevant ist. Die 45 cm betreffen nicht die Sohle, sondern die Höhe der Brückenkonstruktion.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 19

Einrichtung eines interaktiven Wald- und Naturerlebnispfades in Bielefeld-Olderdissen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11311/2014-2020

Über die Informationsvorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 20

Bericht aus dem Naturschutzbeirat

Herr Wörmann berichtet wie folgt:

Der Beirat hat die B-Pläne Mischgebiet nördlich der Werkhofstraße, Mischgebiet Paracelsusweg und Wohngebiet nördlich Rudolf-Hardt-Weg beraten. Der Beirat ist einverstanden, wenn auf folgende Forderungen eingegangen wird: Vergrößerung der Anzahl der zu erhaltenen Bäume, mehr Abstand zwischen Bäume und Baufeld, Rückhalt und Versickerung des Regenwassers im Plangebiet, Vergrößerung der Brückenquerschnitte, wenn dort Umbauarbeiten erforderlich sind. Eine Abstimmung mit Planer und Bauamt findet Ende August statt.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 21

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

- keine -
